



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **1 8 - V - 6 7 - 0 0 0 9**
(Jahr - V - Amt - Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) V/67

Kulturpark - Genehmigung weiterer Teilmaßnahmen und Freigabe des Budgets

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung Ausschuss	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	<input type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht		

Bestätigung Dezernent/in

Andreas Kowol
Stadtrat

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz
Stadtkämmerer

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.)

Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Im Rahmen der Umsetzung der im Jahre 2014 verabschiedeten Neukonzeption des Kulturparks sollen die noch nicht realisierten Einzelmaßnahmen im südlichen Bereich der Freifläche unter Inanspruchnahme von Bund-Land-Mitteln des Städtebauförderungsprogramms "Zukunft Stadtgrün" entsprechend umgesetzt werden.

Anlagen:

Plan Kulturpark

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen:
 - 1.1 Im Rahmen der Neukonzeption des Kulturparks wurde 2014 mit der Planung und Umsetzung der Neugestaltung begonnen. In 2018-2020 sollen nun die Maßnahmen im südlichen Bereich der Freiflächen umgesetzt werden.
 - 1.2 Die Kosten für die Umsetzung der Einzelmaßnahmen werden sich voraussichtlich auf insgesamt 916.539 € belaufen. Für Allgemeinkosten des Programms „Zukunft Stadtgrün“ sind zusätzlich 12,5% der förderfähigen Investitionskosten, d. h. 70.000 EUR anzusetzen.
 - 1.3 Im Rahmen des Förderprogramms „Zukunft Stadtgrün“ wurden bereits Bundes- und Landesmittel zur Finanzierung der investiven Einzelmaßnahmen „Kulturpark“ in Höhe von 327.992 € sowie damit verbundene Allgemeinkosten in Höhe von 70.000 € bewilligt, die in den Jahren 2018-20 abgerufen werden können.
 - 1.4 Das erforderliche kommunale Budget für die weitere Gestaltung der Kulturparkflächen steht innerhalb des Dezernatsbudgets VI/67 (siehe Seite 2) zur Verfügung. Darüber hinaus werden die unter Ziff. 1.3 genannten Fördermittel zur Realisierung der Maßnahme in Anspruch genommen.
2. Es wird beschlossen:
 - 2.1 Das erforderliche Budget in Höhe von insgesamt 986.539 € wird auf dem Projekt I.03264 "67 Neukonzeption Kulturpark" bereitgestellt, genehmigt und freigegeben. Die Deckung erfolgt gemäß detaillierter Aufstellung auf Seite 2.
 - 2.2 Die haushaltstechnische Umsetzung erfolgt durch VI/20 i. V. m. VI/67.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Ziel ist es, die Ergebnisse des Bürgerbeteiligungsverfahrens umzusetzen und den Kulturpark als innerstädtischen Grünzug und nutzbaren Freiraum weiterzuentwickeln. Das Konzept ist ein wichtiger Baustein im Zuge der Rahmenplanung Mainzer Straße.

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

Aufgrund der langjährigen kulturellen Angebote im Planungsgebiet (Kulturpark Schlachthof, Kreativfabrik, etc.), die sich eher an Jugendliche und junge Erwachsene richten, ist ein Altersstrukturwandel der Nutzergruppe nicht zu erwarten. Dies wurde im Konzept berücksichtigt, schließt eine Nutzung durch andere Altersgruppen ausdrücklich nicht aus.

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

Die Zugänge und Aufenthaltsflächen werden den Geländegegebenheiten entsprechend barrierefrei hergerichtet (so wie bei der Herstellung der vergangenen Bauabschnitte bereits geschehen).

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

Die Planungen für die Bereiche rund um den sanierten Wasserturm sowie um die neue Veranstaltungshalle wurden bereits umgesetzt. Nun folgt der Umbau der südlich angrenzenden Flächen, wie im bereits durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Konzept angedacht. Die Planungen beinhalten u.a. den Bau von legalen Graffitiflächen, Grillstationen, die straßenseitige Einfassung durch ein breites Vegetationsband, eine adäquate und sichere Abgrenzung zu den Bahngleisen und eine allgemeine Aufwertung der Grünstruktur.

Mit der Aufnahme des Stadtgebietes Wiesbaden Innenstadt und -Süd in das Städtebauförderungsprogramm „Zukunft Stadtgrün“ (siehe Magistratsbeschluss Nr. 555 vom 29.08.2017) können für Maßnahmen im Programmgebiet Fördermittel des Bundes und des Landes in Anspruch genommen werden und dadurch kommunale Mittel eingespart bzw. hier über die ursprüngliche Planung hinausgehende Maßnahmen zur Aufwertung von Freiflächen ermöglicht werden. Im Gegenzug ist aus dem Maßnahmenbudget ein finanzieller Beitrag zu den von Seiten der Stadt Wiesbaden zu erbringenden Allgemeinkosten für die Programmabwicklung zu leisten, für die kein eigenständiges Budget im Haushalt 2018/19 verankert werden konnte. Zu den Allgemeinkosten zählen im Wesentlichen die Erarbeitung des städtebaulichen Entwicklungskonzepts für das Programmgebiet, weitere vorbereitende Untersuchungen wie Machbarkeitsstudien und Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen, Öffentlichkeitsarbeit, Beteiligungsverfahren und Programmsteuerungsleistungen.

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 21. September 2018



Andreas Kowol

Stadtrat